



# Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

6. Mai 2014

+++ Veranstaltungshinweis +++

## Sterben in Würde - Podiumsdiskussion

Am 15.05.14 um 19:30 Uhr werde ich an einer **Podiumsdiskussion des Ökumenischen Hospizvereins zum Thema „Sterbehilfe“** in der Stadthalle Groß-Umstadt teilnehmen. Über das Thema Sterbehilfe wird derzeit in unserer Gesellschaft, aber auch innerhalb des Bundestages sehr viel diskutiert. Ich freue mich daher auf die Impulse aus der Diskussion mit dem seit Jahren auf dem Gebiet tätigen Arzt Uwe Christian Arnold, dem Oberarzt und Leiter des ambulanten Palliativteams des Klinikums Darmstadt Andreas Rost, sowie dem Gemeindepfarrer der evangelischen Kirchengemeinde Klee-  
stadt/Richen Stefan Heuser. **Ich freue mich auch auf zahlreiches Erscheinen und Ihre Gedanken und Beiträge zu diesem umstrittenen Thema.**

Liebe Leserin, lieber Leser,

grau und nieselig war der Start in diesen Monat Mai - das hat mich und viele andere Menschen aus Darmstadt und dem Landkreis jedoch nicht davon abgehalten, am Tag der Arbeit auf die Straße zu gehen. In diesem Jahr stand der Maifeiertag unter einem ganz besonderen Stern: **Es war der letzte 1. Mai ohne Geltung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 €.** Denn ab **1. Januar 2015** soll dieser bereits gelten - ein ganz besonderer sozialdemokratischer Erfolg für faire und würdevolle Arbeit in Deutschland. Dieser Ausblick in die Zukunft gab Kraft zum Marsch durch die Kälte!

Zurück in Berlin finde ich zu Beginn dieser Woche zum Glück etwas besseres Wetter vor. Auch im Bundestag und den Ausschüssen wird wieder heiß diskutiert. So geht diese Woche beispielsweise das **Gesetz zur EEG-Reform von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel** in die erste Lesung. Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE wird auch das umstrittene transatlantische Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) erneut Thema im Bundestag sein.

Am Freitag werden wir Abgeordneten auf ein historisches Ereignis zurückblicken und gemeinsam Bilanz ziehen: **Am 1. Mai vor 10 Jahren traten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei, Slowenien, Ungarn sowie Malta und Zypern der Europäischen Union bei.** Es freut mich, dass die Bilanz in erster Linie eine positive ist: Nach Untersuchungen des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) hat die Osterweiterung in der gesamten Gemeinschaft Wachstumsimpulse gesetzt und zu einer deutlichen Wohlstandssteigerung geführt. Die vielerorts verbreiteten Befürchtungen, der durch die Osterweiterung vergrößerte Binnenmarkt würde den Wettbewerbsdruck deutscher Unternehmen erhöhen, hat sich damit nicht bestätigt.

Eine Übersicht über die verschiedenen TOP's dieser Woche finden Sie [hier](#). Ich wünsche Ihnen eine schöne Woche und viel Spaß beim Lesen!

*Euse / Anne Brigitte Zypries*



+++ Kunst und Kultur +++

**Kunst am Bau im Woogsviertel**

Die Initiative „Kunst privat- Hessische Unternehmen zeigen ihre Kunst“ feiert dieses Jahr bereits ihr 10-jähriges Bestehen. In Darmstadt lädt dieses Jahr u.a. die bauverein AG zu einer Führung zur „Kunst am Bau“ durch das Woogsviertel ein.

Kaum eine andere Stadt in Deutschland hat so viel Kunst im öffentlichen Raum zu bieten wie Darmstadt. Bronzeskulpturen, Mosaike, Wandgemälde - die Führung zeigt ganz unterschiedliche Kunstwerke, die überwiegend in den letzten 60 Jahren entstanden sind.

Wann? Samstag, **10. Mai 2014**, um **10.00 Uhr** (Anmeldung bis zum 7. Mai unter [kunst@bauvereinag.de](mailto:kunst@bauvereinag.de)); Treffpunkt: Justus-Liebig-Haus, Große Bachgasse 2, 64283 Darmstadt. Mehr Informationen: [www.kunstprivat.net](http://www.kunstprivat.net)

**Hilfe für Flüchtlinge in Syrien**

Seit fast drei Jahren tobt ein furchterlicher Bürgerkrieg in Syrien, in dem schon 15.000 Menschen ihr Leben gelassen und vor dem etwa vier Millionen Menschen geflohen sind. Die meisten dieser Flüchtlinge halten sich in den unmittelbaren Nachbarstaaten wie Libanon, Jordanien und Ägypten auf. Auch Deutschland hat bereits etwa 10.000 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge außerhalb des regulären Asylverfahrens aufgenommen. In einem gemeinsamen Antrag mit der CDU/CSU Fraktion fordern wir am Donnerstag nun mehr finanzielle Unterstützung für humanitäre Hilfen in der Region.

**Mehr Transparenz bei Rüstungsexportentscheidungen**

Am Donnerstag Nachmittag werden wir dann über eine wirksame Rüstungskontrolle debattieren. Erst kürzlich, am 17. März 2014, veröffentlichte das Stockholm International Peace Research Institute (Sipri) einen Bericht, aus dem sich eine deutliche Zunahme des weltweiten Waffenhandels ergab. Insbesondere in Spannungsregionen sei der Handel mit Großwaffensystemen enorm gestiegen - in Indien beispielsweise um 100 Prozent. **Dieses Aufrüsten muss ein Ende haben. Jedenfalls muss Deutschland sich seiner politischen Verantwortung bewusst sein.** Zwar fällt die Beteiligung Deutschlands am internationalen Waffenexport mit nur 7 Prozent im Vergleich zu USA mit 29 Prozent oder Russland mit 27 Prozent eher gering aus. Auch ist der Gesamtexport aus Deutschland in den vergangenen zehn Jahren um 24 Prozent gesunken. Dennoch müssen Rüstungsexporte differenziert betrachtet werden. **Es ist ein deutlicher Unterschied, ob ein Küstenwachboot eine Ölplattform bewachen soll oder ein Panzer dazu geeignet ist, im Inland eingesetzt zu werden.** Neben den Großwaffensystemen müssen insbesondere auch Klein- und Leichtwaffen in den Blick genommen werden. Diese kommen vor allem in Ländern, die durch Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet sind, zum Einsatz.

**Mehr Kontrolle durch mehr Transparenz bei den Rüstungsexportentscheidungen - dieses Anliegen wurde bereits im Koalitionsvertrag verankert und wird Tenor eines gemeinsamen Antrags der SPD und CDU/CSU Fraktion sein.** In unserem Antrag fordern wir u.a. die regelmäßige Vorlage von Rüstungsexportberichten an das Parlament. Auch soll das Parlament zukünftig unverzüglich über abschließende Genehmigungsentscheidungen informiert werden, und zwar unter Angabe von Art und Anzahl der genehmigten Güter sowie des Empfängerlandes - Bundesminister Gabriel hat schon zugesagt, so verfahren zu wollen.



### Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an [brigitte.zypries@bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@bundestag.de).

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*  
 Platz der Republik 1  
 11011 Berlin

Bilder:

Seite 2: *Hannes Nonhebel*  
 Seite 3: *Hannes Nonhebel*

### Ermäßigter Mehrwertsteuersatz für E-Books und Hörbücher

Letzte Woche kamen die geschäftsführenden Vorstände der Regierungsfractionen in Königswinter zusammen, um weitere Vereinbarungen des Koalitionsvertrages zu besprechen und auf den Weg zu bringen. Das Ergebnis ist: Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz (7 % statt des Regelsatzes von 19 %) soll auch für Hörbücher eingeführt werden.

Der Gesetzeszweck, mit dem der derzeit geltende ermäßigte Mehrwertsteuersatz für Bücher, Zeitschriften und Zeitungen begründet wird, liegt darin, die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am kulturellen Leben zu erleichtern. Dieser Zweck gilt ohne Abstriche auch für elektronische und akustische Informationsmedien. Für E-Books, E-Papers und andere elektronische Informationsmedien sieht die entsprechende EU-Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie anders als bei Hörbüchern jedoch keine Ausnahme vor. Die Bundesregierung wird sich daher in den Gesprächen und Verhandlungen auf europäischer Ebene nachdrücklich für eine entsprechende Ausnahmemöglichkeit einsetzen, so dass auch für diese Medien der ermäßigte Mehrwertsteuersatz alsbald gelten wird.

### Finanzieller Verbraucherschutz - Geplante Maßnahmen auf dem „Grauen Kapitalmarkt“

Die weitere Finanzmarktregulierung war ebenfalls Thema in Königswinter. **Besonders am Herzen liegt der Regierungskoalition der verbesserte Schutz von Kleinanlegern. Vor diesem Hintergrund wurden folgende Vorhaben für diese Legislaturperiode formuliert:** Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) soll künftig explizit auch die Einhaltung verbraucherschutzrechtlicher Regelungen überwachen. Zum Schutz der Anleger sollen Risiken eines Finanzproduktes künftig durch deutliche Warnhinweise klarer hervortreten. Auch sollen weitere Angaben, beispielsweise über das zugrundeliegende Geschäftsmodell, zur Pflicht werden. Erst letzte Woche entschied auch der BGH in der Klage einer Anlegerin eines offenen Immobilienfonds verbraucherfreundlich. Den Banken obliege eine Aufklärungspflicht über die Risiken einer Kapitalanlage.

**EU-weit kam es inzwischen zu einer Einigung bzgl. eines „Girokonto für jedermann“, d.h. einen gesetzlichen Anspruch auf Einrichtung eines Kontos. Wir unterstützen dieses Vorhaben und wollen uns schnellstmöglich um eine Umsetzung bemühen.** Ein vor den Zivilgerichten einklagbares Recht wird es Menschen ohne Konto erleichtern, am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen.